

## **Nr. 18/734**

### **Ursachenforschung und Konsequenzen von Unterrichtsausfall**

Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 4. Februar 2013  
(Drucksache [18/750](#))

D a z u

### **Mitteilung des Senats vom 12. März 2013**

(Drucksache [18/818](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## **Nr. 18/735**

### **Gesetz zur Änderung des Bremischen Nichtraucherchutzgesetzes Verlängerung und Erweiterung des Bremischen Nichtraucherchutzgesetzes**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 8. Mai 2013  
(Drucksache [18/902](#))  
2. Lesung

D a z u

### **Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Juni 2013**

(Drucksache [18/949](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

## **Nr. 18/736**

### **Endlich umfassende rechtliche Rahmenbedingungen für den Betrieb von Prostitutionsstätten schaffen**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 18. Juni 2013  
(Drucksache [18/974](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung „Bekämpfung des Menschenhandels und Überwachung von Prostitutionsstätten“ in der vorgelegten Fassung im Bundesrat nicht zuzustimmen.
2. sich auf Bundesebene für eine gesetzliche Regulierung zum Schutz von Prostituierten einzusetzen,
  - a) die die Einrichtung von Prostitutionsstätten erlaubnispflichtig macht, unabhängig von der Betriebsart der Prostitutionsstätte,

- b) die zur Prüfung der Zuverlässigkeit des Betreibers/der Betreiberin von Prostitutionsstätten und, soweit vorhanden, vom Geschäftsführer/von der Geschäftsführerin des Betriebs die Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses verlangt,
- c) die die namentliche Anmeldung der sexuell Dienstleistenden vorschreibt, gleichzeitig aber einen umfassenden und wirksamen Datenschutz garantiert,
- d) die differenziert nach der Betriebsart Versagungsgründe formuliert, insbesondere:
  - i) durch Formulierung eines Straftatenkatalogs, deren Vorliegen in der Person des Antragstellers/der Antragstellerin oder anderer, für die Prostitutionsstätte verantwortlicher Personen die Erteilung einer Erlaubnis ausschließt,
  - ii) im Fall des vorausgegangenen Betriebs einer Prostitutionsstätte, in der Straftaten zum Nachteil sexuell Dienstleistender begangen wurden,
  - iii) wenn dem Betreiber/der Betreiberin oder dem Geschäftsführer/der Geschäftsführerin bereits einmal die Erlaubnis zum Betrieb einer Prostitutionsstätte entzogen worden ist,
  - iv) wenn Betreiber/Betreiberinnen oder Geschäftsführer/Geschäftsführerinnen wiederholt gegen Vorschriften oder Auflagen des Gesundheitsrechts, des Arbeits- oder Jugendschutzrechts verstoßen,
- e) die weitere Anforderungen an den Betreiber/die Betreiberin oder den Geschäftsführer/die Geschäftsführerin stellt, insbesondere:
  - i) dass die Betreiber/Betreiberinnen zur Rechnungslegung gegenüber selbstständig Dienstleistenden verpflichtet sind,
  - ii) es verbietet, dass Betreiber/Betreiberinnen von Prostitutionsstätten von den dort Dienstleistenden sich für Leistungen Vermögensvorteile versprechen oder gewähren lassen, die in einem auffälligen Missverhältnis zur Leistung oder deren Vermittlung stehen,
- f) die Mindestanforderungen an den Betrieb stellt, insbesondere:
  - i) dass Dienstleistende einer Prostitutionsstätte mindestens das 18. Lebensjahr vollendet haben,
  - ii) dass Kinder und Jugendliche Prostitutionsstätten weder betreten noch sich dort aufhalten dürfen,
  - iii) dass Verhütungsmittel zum Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten in allen Räumlichkeiten der Prostitutionsstätte, in denen sexuelle Dienstleistungen erbracht werden, vorhanden sind,
- g) die differenziert nach Betriebsart folgende Mindestanforderungen an die Prostitutionsstätte stellt:
  - i) dass die Räumlichkeiten der Prostitutionsstätte wegen ihrer Lage, Beschaffenheit, Ausstattung oder Einteilung geeignet sind, die notwendigen Anforderungen zum Schutz der dort Dienstleistenden gegen Gefahren für Leben oder Gesundheit zu bieten,
  - ii) dass die Räume nicht derart örtlich abgeschieden sind, dass die Dienstleistenden in einer Bedrohungssituation nicht zeitnah Hilfe erreichen können,
  - iii) dass die Räume über ein Notrufsystem verfügen und den Dienstleistenden ein (Mobil-)Telefon zur Verfügung steht,
  - iv) dass die Räume über ausreichende sanitäre Anlagen (Toiletten/Duschen) verfügen,
  - v) dass die Räume über gesonderte Schlaf- und Aufenthaltsräume für die Dienstleistenden verfügen, insbesondere sofern die Dienstleistenden in den Räumlichkeiten übernachten oder dort wohnen,

- vi) dass Hinweise vorhanden sind, die sowohl für die sexuell Dienstleistenden als auch für die Kundinnen und Kunden auf die Gefahren sexuell übertragbarer Krankheiten und die Möglichkeit des Schutzes durch Verhütungsmittel in geeigneter Art und Weise aufklären,
  - h) die ausdrücklich regelt, dass Prostitutionsstätten, die die gesetzlichen Vorgaben erfüllen, dem nicht störenden Gewerbe zuzuordnen sind.
3. der Bürgerschaft (Landtag) innerhalb von drei Monaten nach Beschlussfassung über das Erreichte zu berichten.

## **Nr. 18/737**

### **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen – Parlamentarische Kontrolle in Deputationen verbessern**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 29. November 2011  
(Drucksache [18/140](#))  
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

## **Nr. 18/738**

### **Verlagerung der Deputationsassistenten von den Ressorts zur Bürgerschaftskanzlei**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 6. Dezember 2011  
(Drucksache [18/151](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## **Nr. 18/739**

### **Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen**

#### **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen**

#### **Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft**

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses  
vom 31. Mai 2013  
(Drucksache [18/928](#))  
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen (Ziffer 1 des Antrags) in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den nichtständigen Ausschuss gemäß Artikel 125 der Landesverfassung – Abgeordnetenentschädigung/Akten-einsichtsrecht für Deputierte.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen (Ziffer 2 des Antrags) in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag (Ziffer 3 des Antrags) wie folgt zu:

Die Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft (18. Wahlperiode) in der Fassung des Übernahmebeschlusses vom 29. Juni 2011 wird wie folgt geändert:

1. Dem § 32 Absatz 2 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Bei nicht verfassungsändernden Gesetzen kann im vereinfachten Verfahren gemäß § 58 a die Abstimmung in erster und zweiter Lesung in einem einzigen Abstimmungsakt ohne Beratung erfolgen.“

2. Nach § 58 wird folgender § 58 a eingefügt:

„58 a  
Vereinfachtes Verfahren

(1) Anträge, bei denen eine einstimmige Zustimmung der Bürgerschaft zu erwarten ist, können ohne Aussprache gemeinsam zur Abstimmung gebracht werden (vereinfachtes Verfahren). Der Präsident leitet der Bürgerschaft im Benehmen mit den Fraktionen eine mit einer Drucksachenummer versehene Liste mit den Anträgen nach Satz 1 mit einer entsprechenden Beschlussempfehlung zu (Konsensliste) und lässt zu Beginn der Sitzung darüber abstimmen, ob insoweit eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll; für eine Behandlung im vereinfachten Verfahren bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Bürgerschaft. Stimmt die Bürgerschaft einer Behandlung im vereinfachten Verfahren zu, erfolgt die Abstimmung über die Konsensliste in der Regel nach der Aktuellen Stunde.

(2) Absatz 1 gilt für die Kenntnisnahme von Berichten und Mitteilungen entsprechend.“

3. In § 75 Absatz 3 werden nach Satz 3 folgende Sätze eingefügt:

„Die Vertreterin oder der Vertreter des Beirats erhält auf eigene Wortmeldung Gelegenheit zu einer ergänzenden Stellungnahme. Die Redezeit hierfür soll nicht länger als fünf Minuten betragen.“

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

## **Nr. 18/740**

### **Gesetz zur Änderung des Bremischen Datenschutzgesetzes**

Mitteilung des Senats vom 12. Februar 2013

(Drucksache [18/763](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

## **Nr. 18/741**

### **Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zum Gesetz zur Änderung des Bremischen Datenschutzgesetzes vom 12. Februar 2013 (Drs. 18/763)**

vom 30. April 2013

(Drucksache [18/888](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) schließt sich den Anmerkungen des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit an.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

## **Nr. 18/742**

### **Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen – Konzept zur Umsetzung des Bundesgesetzes im Land Bremen**

Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2013

(Drucksache [18/942](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## **Nr. 18/743**

### **Bremisches Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (BremABQG)**

Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2013

(Drucksache [18/947](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Bildung (federführend), die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und den Ausschuss für Integration, Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit.

## **Nr. 18/744**

### **Drogen und Alkohol im Straßenverkehr im Land Bremen**

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 16. April 2013

(Drucksache [18/855](#))

D a z u

**Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2013**

(Drucksache [18/944](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## **Nr. 18/745**

### **Zusammenhang zwischen Schulversäumnis und Kriminalität**

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 16. April 2013

(Drucksache [18/856](#))

D a z u

**Mitteilung des Senats vom 4. Juni 2013**

(Drucksache [18/931](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## **Nr. 18/746**

### **Frauenausschluss bei Veranstaltungen nicht öffentlich unterstützen!**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 26. April 2013

(Drucksache [18/876](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## **Nr. 18/747**

### **Bremer Traditionsveranstaltungen nicht mehr ohne Frauen!**

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 14. Mai 2013

(Drucksache [18/910](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt:

Bremer Traditionen und Bremer Traditionsveranstaltungen sind ein wichtiger Bestandteil bremischer Kultur und müssen deshalb auch bremische Werte von Gleichberechtigung, Modernität und Weltoffenheit repräsentieren.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet daher von den Veranstaltern bremischer Traditionsfeiern ihre Einladungspraxis zukünftig zu ändern und gleichermaßen Männer wie Frauen willkommen zu heißen, damit sie auch zukünftig als Teil Bremens öffentlich wertgeschätzter Kultur Bestand haben.

## **Nr. 18/748**

### **Bremisches Gesetz über die generalistisch ausgerichtete Gesundheits- und Krankenpflegehilfe**

Mitteilung des Senats vom 30. April 2013

(Drucksache [18/884](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

## **Nr. 18/749**

### **Bericht der Freien Hansestadt Bremen zur Umsetzung des Sanierungsprogramms 2012/2016**

Mitteilung des Senats vom 30. April 2013

(Drucksache [18/885](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## **Nr. 18/750**

### **Mitteilung des Senats über die vom Senat beschlossene Mit Antragstellung zur Bundesratsinitiative „Entschließung des Bundesrates zur Neuordnung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes“ – Antrag des Landes Schleswig-Holstein**

Mitteilung des Senats vom 23. April 2013

(Drucksache [18/874](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## **Nr. 18/751**

### **Fünfter Bericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen über die Annahme und Verwendung von Beträgen aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatischen Schenkungen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde Bremen)**

Mitteilung des Senats vom 21. Mai 2013

(Drucksache [18/918](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## **Nr. 18/752**

### **Geeignetes Verfahren zur Umsetzung der MiStra-Vorschriften einführen**

Antrag der Fraktion der CDU

vom 28. Juni 2012

(Drucksache [18/480](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein geeignetes Verfahren zu entwickeln und anzuwenden, welches sicherstellt, dass die Staatsanwaltschaft Kenntnis darüber erlangt, ob ein Beschuldigter bzw. Verurteilter Inhaber einer waffenrechtlichen Erlaubnis ist, damit in den Fällen gemäß den Nrn. 36, 36a und 37 MiStra eine Mitteilung an die zuständige Stelle erfolgt.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Bürgerschaft (Landtag) über das entwickelte Verfahren und deren Anwendung zu berichten.

## **Nr. 18/753**

### **Geeignetes Verfahren zur Umsetzung der MiStra-Vorschriften einführen**

Bericht der staatlichen Deputation für Inneres und Sport  
vom 28. Mai 2013  
(Drucksache [18/924](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Inneres und Sport Kenntnis.

## **Nr. 18/754**

### **Parlamentarische Kontrolle der akustischen Wohnraumüberwachung im Bereich der Strafverfolgung**

Mitteilung des Senats vom 28. Mai 2013  
(Drucksache [18/925](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## **Nr. 18/755**

### **Gesetz zur Änderung des Radio-Bremen-Gesetzes**

Mitteilung des Senats vom 4. Juni 2013  
(Drucksache [18/929](#))  
1. Lesung

D a z u

### **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 17. Juni 2013**

(Drucksache [18/959](#))

Der Änderungsantrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

## **Nr. 18/756**

### **Gesetz zur Änderung des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes**

Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2013  
(Drucksache [18/940](#))  
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

## **Nr. 18/757**

### **Verpflegungsstandards für Flüchtlinge verbessern**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 13. Juni 2013

(Neufassung der Drucksache [18/946](#) vom 11. Juni 2013)

(Drucksache [18/956](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend.

## **Nr. 18/758**

### **Bericht des Petitionsausschusses Nr. 19**

**Petitionen L 18/94, L 18/171, L 18/118, L 18/134, L 18/250**

**vom 12. Juni 2013**

(Drucksache [18/953](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen L 18/94, L 18/171, L 18/118, L 18/134 und L 18/250 wie vom Ausschuss empfohlen.

## **Nr. 18/759**

### **Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Mehr Eigenverantwortung an Bremer Schulen  
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 2. Mai 2013  
(Drucksache [18/892](#))  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 4. Juni 2013  
(Drucksache [18/932](#))
2. Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes – Eilzuständigkeit für Zollvollzugsbeamte im Bremer Polizeigesetz verankern  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 10. Dezember 2012  
(Drucksache [18/690](#))  
1. Lesung
3. Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes – Eilzuständigkeit für Zollvollzugsbeamte im Bremer Polizeigesetz verankern  
Bericht der staatlichen Deputation für Inneres und Sport  
vom 7. Mai 2013  
(Drucksache [18/895](#))
4. Fünfter Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen 2008 bis 2012  
Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2013  
(Neufassung der Drucksache [18/897](#) vom 7. Mai 2013)  
(Drucksache [18/943](#))
5. Publikationen der Freien Hansestadt Bremen unter „Creative Commons“ stellen  
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 14. Mai 2013  
(Drucksache [18/911](#))



6. Bibliotheken durchgehend sonntags öffnen  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 15. Mai 2013  
(Drucksache [18/915](#))
7. Räumliche Ausstattung der Universität Bremen verbessern  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 27. Mai 2013  
(Drucksache [18/923](#))
8. Mitteilung des Senats über den vom Senat beschlossenen Beitritt zur Bundesratsinitiative „Entschließung des Bundesrates zum Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits sowie den USA andererseits (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP)“ – Antrag der Länder Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz  
  
Mitteilung des Senats vom 4. Juni 2013  
(Drucksache [18/934](#))
9. Erfassung von SÄM-Delikten in der Polizeilichen Kriminalstatistik  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 11. Juni 2013  
(Drucksache [18/938](#))
10. Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften  
Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2013  
(Drucksache [18/941](#))  
1. Lesung
11. Bericht des Petitionsausschusses Nr. 19  
Petitionen L 18/222, L 18/226, L 18/237, L 18/247, L 18/249  
vom 12. Juni 2013  
(Drucksache 18/953)
12. Mehreinnahmen aus Zensus-Ergebnissen für nachhaltige Verbesserungen in Bildung, Jugend und Soziales einsetzen  
Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 13. Juni 2013  
(Drucksache [18/955](#))





